

# belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

## DIE ORTHODOXE KIRCHE IN BELARUS DIE BELARUSSISCHEN MEDIEN UND DIE KRISE IN DER UKRAINE

■ ANALYSE		
	Zwiespältige Sonderstellung: Orthodoxe Kirche und Staat in Belarus	2
	Natallia Vasilevich, Minsk	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
	Statistiken und Umfragen zur Religion	7
<hr/>		
■ ANALYSE		
	Die Krimkrise in den belarussischen Medien	11
	Pauljuk Bykouski, Minsk	
■ STATISTIK		
	Berichterstattung zur Ukraine durch belarussische Nachrichtenagenturen	13
<hr/>		
■ CHRONIK		
	16. Dezember 2013 – 25. März 2014	15



## Zwiespältige Sonderstellung: Orthodoxe Kirche und Staat in Belarus

Natallia Vasilevich, Minsk

### Zusammenfassung:

Am 25. Dezember 2013 trat Metropolit Filaret von seinem Amt als Oberhaupt des Belarussischen Exarchats der Russisch-Orthodoxen Kirche zurück, das er 35 Jahre lang ausübte. Die orthodoxe Kirche in Belarus erlebt somit derzeit einen Epochenwechsel. Zum Nachfolger Filarets, der intensive internationale ökumenische Kontakte pflegte, wurde der wenig bekannte Metropolit Pawel ernannt, der bis dahin der Eparchie von Rjasan und Michailow vorstand. Die Wahl fiel somit nicht, wie von vielen in Belarus einschließlich Präsident Lukaschenka erwartet, auf einen belarussischen Staatsbürger. Der folgende Beitrag analysiert die aktuelle Situation der orthodoxen Kirche im multi-konfessionellen Belarus, ihre Positionierung im Verhältnis zu Staat und Gesellschaft sowie die möglichen Veränderungen, die vom neuen Metropoliten zu erwarten sind.

Da es in Belarus keine offizielle Statistik über Kirchenmitglieder gibt, können Angaben zur Religionszugehörigkeit belarussischer Bürger nur über Meinungsumfragen erschlossen werden – was selbstverständlich nur ein unbefriedigendes Hilfsmittel ist. Zudem liegen auch keine soliden wissenschaftlichen Untersuchungen zur religiösen Identität der Belarussen vor, so dass Meinungsumfragen die zentrale Datengrundlage bilden, die im öffentlichen Raum von Journalisten, Staatsvertretern und auch kirchlichen Würdenträgern verwendet werden. Staatliche und unabhängige Meinungsumfragen zeichnen dabei ein übereinstimmendes Bild. So ordneten sich den Umfragen zufolge, die das Informationsanalytische Zentrum der Präsidentschaft in den Jahren 2007–2011 durchgeführt hat, 93,5 % der Befragten einer Glaubensrichtung zu. Davon bezeichneten sich 81 % als orthodox und 10,5 % als römisch-katholisch. Eine Umfrage des unabhängigen Internationalen Instituts für sozial-ökonomische und politische Studien (ISEEPS) aus dem Jahre 2010 ermittelte 78,8 % Orthodoxe, 11,1 % Katholiken und 0,7 % Protestanten.

### Trägerische orthodoxe Dominanz

Folgt man diesen Umfragen, erhält man den Eindruck, dass Belarus ein stark religiös geprägtes Land ist, in dem der Orthodoxie die führende Rolle zukommt. Einer 2009 von Gallup in 114 Ländern durchgeführten Studie zufolge spielt Religion jedoch nur für 34 % der Belarussen eine wichtige Rolle im Alltag – damit nimmt Belarus im Hinblick auf die Bedeutung der Religion den zehntletzten Platz unter den untersuchten Ländern ein. Auch die ISEEPS-Umfragen relativieren den Eindruck der orthodoxen Dominanz. So sprachen 2010 zwar 63 % der Befragten der orthodoxen Kirche ihr Vertrauen aus – dies sind jedoch 15,8 % weniger als die Anzahl derer, die sich als orthodox bezeichneten. Hingegen fiel die Vertrauensrate der römisch-katholischen Kirche mit 36,6 % deutlich niedriger aus – doch vertrau-

ten ihr damit 25,5 % mehr Bürger, als sich ihr konfessionell zugehörig fühlten. Noch größer fiel die Diskrepanz bei den Protestanten aus, der 10 % der Befragten ihr Vertrauen aussprachen.

Darüber hinaus zeichnen sich die Angehörigen der drei Konfessionen durch eine unterschiedliche religiöse Aktivität aus. So besuchen beispielsweise nur 22,2 % der Orthodoxen, aber 55 % der Katholiken und 90,9 % der Protestanten häufiger als einmal pro Monat den Gottesdienst. Die orthodoxen Gläubigen weisen somit, wie der Soziologe Nikolaj Kazuk konstatiert, eine geringere Bindung zu ihrer religiösen Gemeinschaft auf als Katholiken und Protestanten. Dies spiegelt sich auch in der Anzahl der offiziell registrierten Gemeinden wider. Am 1. Januar 2014 belief sich die Zahl der orthodoxen Gemeinden auf 1.615 (49,24 % aller registrierten Gemeinden), die der katholischen auf 488 (14,88 %) und die der Protestanten auf 907 (27,65 %). Unter den protestantischen Gemeinden waren 512 Pfingstler und 286 Baptisten.

### Katholische und protestantische Hochburgen

Es lassen sich außerdem regionale Differenzen beobachten, die sich zum Teil mit der unterschiedlichen Entwicklung von Ost- und Westbelarus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erklären lassen: In den westlichen Regionen, die bis 1939 zu Polen gehörten, konnte sich die religiöse Vielfalt und kirchliche Infrastruktur besser erhalten als in den östlichen Regionen, die von Anfang an zur BSSR gehörten und die brutale Zerstörung religiösen Lebens in den 1920er und 1930er Jahren erlebten. Diese Ost-West-Spaltung gilt jedoch nur bedingt: So weist das Gebiet Hrodna ein orthodox-katholisches Profil, das Gebiet Brest hingegen ein orthodox-protestantisches auf. Im Gebiet Hrodna gibt es mehrere Bezirke, in denen katholische Gläubige die Mehrheit bilden, und im Gebiet Brest finden sich mehrere große lokale Gemeinschaften mit überwiegend protestantischer Prägung, wie beispielsweise das Dorf Alschanj mit 7.500 Einwohnern.

Die regionalen Trends werden darüber hinaus durch die Urbanisierung relativiert.

Obwohl die Protestanten den Umfragen zufolge nur einen geringen gesellschaftlichen Stellenwert haben, nehmen sie eine wichtige Stellung in bestimmten politischen und sozialen Kontexten ein. So finden sich unter den Führungskräften der politischen Opposition beispielsweise überdurchschnittlich viele Protestanten. Unter den Initiatoren der offiziell bisher nicht registrierten belarussischen Christdemokratischen Partei waren 2009 31 % Protestanten, 45 % Orthodoxe und nur 13 % Katholiken.

### Staatliche Privilegien als Kontrollmittel

Die belarussische Verfassung garantiert formal die Gleichheit aller Religionen und das Recht auf freie Glaubensausübung. Allerdings sollen die Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften nach Artikel 16 der Verfassung »unter Berücksichtigung ihres Beitrags zur Entwicklung der geistlichen, kulturellen und staatlichen Traditionen des belarussischen Volkes« gestaltet werden. Das 2002 verabschiedete Gesetz »Über Gewissensfreiheit« schreibt der Orthodoxie bereits in der Präambel explizit die Schlüsselrolle in dieser Entwicklung zu. Damit gewährt der Staat der orthodoxen Kirche eine Vorzugsstellung im Vergleich zu den anderen Kirchen. Diese Privilegierung wird jedoch von einem offenen Kontrollanspruch begleitet. Präsident Lukaschenka zufolge ist dieser besondere rechtliche Status ein Ausdruck des staatlichen Vertrauens in die Kirche, wofür der Staat »im Gegenzug einen Anspruch auf Unterstützung durch die Geistlichkeit hat«. Die orthodoxe Kirche ist damit für Lukaschenka kein autonomes Subjekt. Der Präsident hat mehrmals die Auffassung vertreten, dass, »wir uns niemals von der Kirche getrennt haben, denn Staat und Kirche lösen die gleiche Aufgabe ... De facto haben wir sie zum zentralen Ideologen der belarussischen Staatlichkeit bestimmt«. Gleichzeitig sieht das politische Regime die Kirche als potentiellen Konkurrenten des Staates. So bemerkte beispielsweise der zum engen Umfeld Lukaschenkas gehörende Ideologe Anatoli Rubinau, dass »der wachsende Einfluss der Religion stets eine Schwächung des staatlichen Einflusses, der staatlichen Ideologie zur Folge hat«. Aus diesem Grunde ist dem Staat daran gelegen, die Kirchen kontrollierbar zu halten – sei es durch direkte Repressionen oder durch das Anlegen bürokratischer Fesseln, um jegliche spontanen Aktivitäten zu verhindern. Zentrales Instrument bilden hierbei Kooperationsverträge, die der Staat laut Artikel 8 des Gesetzes mit Religionsgemeinschaften abschließen kann.

### Symbolischer Rahmenvertrag

Die orthodoxe Kirche ist bisher die einzige Glaubensgemeinschaft in Belarus, mit welcher der Staat eine Rah-

menvereinbarung auf nationaler Ebene abgeschlossen hat. Dieser 2003 unterzeichnete Vertrag benennt in allgemeiner Form die Kooperationsfelder, wie »öffentliche Moral, Erziehung und Bildung, Kultur und Kunst, Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung des historischen und kulturellen Erbes, Gesundheitswesen, soziale Versorgung, Wohltätigkeit und Barmherzigkeit, Förderung der Institutionen Familie, Mutterschaft und Kindheit, Betreuung von Häftlingen, erzieherische, soziale und psychologische Betreuung von Wehrdienstleistenden sowie Umweltschutz«. Der Rahmenvertrag wird durch zahlreiche Abkommen zwischen der orthodoxen Kirche und Ministerien, zwischen einzelnen orthodoxen Eparchien und Gebietsverwaltungen sowie lokalen Vereinbarungen zu konkreten Bereichen ergänzt. Zusammen bilden sie ein kompliziertes Konglomerat mit einer Vielzahl von Koordinationsorganen. Da sowohl auf staatlicher als auch auf kirchlicher Seite eine übergeordnete Koordinationsstruktur fehlt, ist es unmöglich ein angemessenes Monitoring über die Umsetzung all dieser Kooperationsprogramme durchzuführen. De facto finden gleichwohl etliche Veranstaltungen mit Bezug auf die Abkommen statt, so dass ihnen in jedem Falle eine wichtige symbolische Bedeutung zukommt.

Ein zentrales Problem der Abkommen besteht darin, dass von staatlicher Seite keine verbindlichen Zusagen gemacht werden, während die Kirche und ihre Organisationen keine Instrumente erhalten, um auf staatliche Institutionen Druck ausüben zu können. So ist zwar die Möglichkeit der geistlichen Betreuung von Gefängnisinsassen vorgesehen, doch kann die zuständige Behörde auch den Zugang zu einer Person verweigern. Ebenso ist die Möglichkeit der Kooperation mit Bildungseinrichtungen vorgesehen. Doch obwohl die orthodoxe Kirche mit dem Bildungsministerium die meisten Kooperationsvereinbarungen unterschrieben hat, kann sie keine Fortschritte bei der Einführung von Religionsunterricht in den Schulen erzielen. Während in Russland in 2012 das Schulfach »Grundlagen religiöser Kulturen und weltlicher Ethik« verbindlich eingeführt wurde, hängt in Belarus die Präsenz von Priestern de facto von der Bereitschaft des jeweiligen Leiters einer Bildungseinrichtung ab.

### Konfliktfeld Schule

Die Einführung von Religionsunterricht in den Schulen ist ein sehr umstrittenes Thema. Die Unterzeichnung entsprechender Programme mit dem Bildungsministerium wurde in den staatlichen und nicht-staatlichen Medien von kritischen Artikeln begleitet, in denen die Gefahr an die Wand gemalt wurde, dass die Schulen ihren weltlichen Charakter verlieren könnten. Diese Sorge wird auch von Staatsvertretern geteilt. So erklärte

der bereits erwähnte Ideologe Rubinau: »Das übermäßige Bestreben der Kirche, in die mittleren und höheren Bildungseinrichtungen einzudringen, ruft Besorgnis hervor. Bei uns müssen weltliche Bildung und eine auf einem materialistischen Weltbild fußende Erziehung dominieren.«

Mit der Ende 2010 erfolgten Verabschiedung des neuen Bildungskodexes wurden die Möglichkeiten für die Kooperation zwischen staatlichen Bildungseinrichtungen und religiösen Organisationen sogar eingeschränkt. Demnach ist diese Zusammenarbeit nur in der unterrichtsfreien Zeit im Rahmen des Plans für Erziehungsarbeit erlaubt. Die Veranstaltungen dürfen zudem keinen religiösen Charakter tragen, sondern sollen nur der bürgerlichen moralischen und patriotischen Erziehung dienen sowie die Schüler vor rechtswidrigem Verhalten, dem Einfluss »schlechter« Religionsgemeinschaften warnen und zur gesunden Lebensweise anhalten. Schließlich ist die Verbreitung von nicht ausdrücklich zu Bildungszwecken genehmigten Materialien religiösen Inhalts, das Abhalten von Gottesdiensten und anderen religiösen Zeremonien sowie die Präsenz von religiösen Symbolen in Bildungseinrichtungen verboten.

### Staatliche Scheu vor katholischer Kirche

Trotz dieser Beschränkungen gelingt es Priestern der orthodoxen Kirche im Unterschied zu anderen Religionsgemeinschaften in einigen Bildungseinrichtungen im Rahmen von Wahlfächern oder einfachen Gesprächen präsent zu sein. Die römisch-katholische Kirche, die ebenfalls ihr Interesse an einer Zusammenarbeit mit staatlichen Schulen geäußert hat, verfügt bisher über keinerlei Zugangsmöglichkeiten. Dies hat nicht zuletzt rechtliche Gründe. Denn die Zusammenarbeit ist nur religiösen Organisationen erlaubt, die in einer landesweiten Religionsvereinigung zusammengeschlossen sind. Die römisch-katholische Kirche verfügt jedoch über keine zentralistische Organisationsstruktur in Belarus, sondern besteht aus vier Eparchien, die den Status von lokalen Religionsvereinigungen haben.

Die römisch-katholische Kirche hat zudem weder einen Rahmenvertrag mit dem belarussischen Staat noch Kooperationsabkommen mit einzelnen Behörden unterzeichnet. Als sich in 2008 die Beziehungen des Staates zur katholischen Kirche mit dem Besuch von Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone deutlich verbesserten, kündigte Präsident Lukaschenka die Unterzeichnung eines Konkordats zwischen Belarus und dem Vatikan an. Trotz wiederholter Ankündigungen wurde dieses Dokument bisher jedoch weder als Entwurf veröffentlicht noch offiziell unterzeichnet. Die offensichtliche Zurückhaltung der belarussischen Führung, das Abkommen zu forcieren, dürfte damit zu erklären sein,

dass die Angst vor dem Kontrollverlust den zu erwartenden positiven außenpolitischen Effekt überwiegt. Denn das Konkordat ist ein internationaler Vertrag, der dem Völkerrecht unterliegt, und würde damit die Unabhängigkeit der römisch-katholischen Kirche vom Staat stärken. Das Prinzip »Loyalität im Austausch für Symbole« würde in diesem Falle also im Unterschied zur orthodoxen Kirche nicht funktionieren. Zudem hätte das Konkordat einen höheren rechtlichen Status als der bereits bestehende Vertrag mit der orthodoxen Kirche – was wiederum die Loyalität letzterer beeinträchtigen könnte.

### Konfliktvermeidungsstrategien

Da der Staat für seine symbolische Privilegierung von der orthodoxen Kirche Loyalität erwartet, ist diese faktisch eine Geisel der staatlichen Unterstützung. Dementsprechend versucht sie, Konflikte mit dem politischen Regime zu vermeiden. Dies gelingt jedoch nicht vollständig, da einige Fragen aus kirchlicher Sicht grundsätzlich sind. Zu den Konfliktfeldern gehören u. a. die Agenda »pro-life«, die Reproduktionstechnologien und Abtreibungen problematisiert, die digitale Erfassung der Bürger durch Identifikationsnummern und Fingerabdrücke sowie der Bau von Sakralgebäuden ohne Genehmigung. In einigen politisch neutralen Fragen kann die orthodoxe Kirche ihre Position erfolgreich verteidigen. So konnte im Falle von Bürgern, die aus religiösen Gründen keinen Pass haben, mit Hilfe des Verfassungsgerichts erreicht werden, dass diese auch ohne die – mit dem Pass vergebene – Identifikationsnummer ihre Renten ausgezahlt bekommen. Aufgrund kirchlicher Proteste wurde zudem die Aufführung der Rockoper »Jesus Christ Superstar« verboten, da diese vermeintlich die Gefühle der Gläubigen verletzte.

Konfliktpotential haben außerdem historische Themen, die für die orthodoxe Kirche von Bedeutung sind. Hierzu gehört insbesondere das Andenken an die neuen Märtyrer, d. h. die Gläubigen und Priester, die im 20. Jahrhundert unter Verfolgung zu leiden hatten. So lösten 2006 beispielsweise die Ikonen in der zentralen Kathedrale in Hrodna, die von den Rotarmisten erschossene Märtyrer darstellen, den Unmut der lokalen Behörden aus. Die Weigerung mehrerer Priester in den Eparchien Hrodna und Minsk, ihre Fingerabdrücke staatlich erfassen zu lassen, hatte in 2011–2013 die Verhängung administrativer Strafen zur Folge. Im Sommer 2013 äußerte sich Metropolit Filaret zudem bei einem Runden Tisch kritisch über die Anwendung der Todesstrafe in Belarus. Und die offizielle Zeitung der Minsker Eparchie druckte Briefe von Gemeindemitgliedern ab, in denen die brutale Niederschlagung der Demonstrationen nach den Präsidentschaftswahlen am 19. Dezember 2010 kritisiert wurde.

Insgesamt scheut die orthodoxe Kirche allerdings in den Fällen, in denen sie eine vom Regime unterschiedliche Position vertritt, die offene Konfrontation. Als die Behörden beispielsweise in 2013 einen Protestmarsch gegen Abtreibung verboten, gab die orthodoxe Kirche nicht dem Staat die Schuld, sondern den Medien und den Partnern von anderen Religionsgemeinschaften, welche den Behörden den Anlass für das Verbot geliefert hätten. Gleichzeitig versucht auch der Staat, offene Konflikte zu vermeiden. So werden ohne Genehmigung errichtete Gebäude stillschweigend post factum bestätigt, während im Falle von protestantischen Gebetshäusern lang andauernde öffentliche Konflikte ausgetragen werden. Und sogar die Ernennung eines Metropoliten, der entgegen den Rechtsnormen kein belarussischer Staatsbürger ist, wird geduldet, während ausländische Geistliche der katholischen und protestantischen Kirchen unterschiedlichen Repressionen und Sanktionen ausgesetzt sind. Mit diesen staatlichen Zugeständnissen erhöht sich freilich wiederum der Loyalitätsdruck für die orthodoxe Kirche.

### **Begrenzte Kooperation mit Zivilgesellschaft**

Die Abhängigkeit der belarussischen orthodoxen Kirche vom Staat wird dadurch verstärkt, dass erstere bei der öffentlichen Verteidigung ihrer Interessen und Werte sich vor allem auf staatliche Strukturen orientiert und kaum zur Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren bereit ist. Innerkirchliche Gemeinschaften sind bisher unzureichend entwickelt. Eine Ausnahme bilden die Aktivisten von pro-life, die im öffentlichen Diskurs sehr präsent sind, sowie die über 100 Barmherzigen Schwesternschaften, die als freiwillige Vereinigungen wichtige diakonische Funktionen ausüben. Neben den Schwesternschaften gibt es auch einige Bruderschaften, die im kirchlichen und außerkirchlichen Raum aktiv sind.

Die Schwesternschaften kooperieren intensiv mit lokalen und ausländischen NRO sowie mit internationalen Gebern im Rahmen ökumenischer und weltlicher Programme, die ihnen Projektzuschüsse geben. Ebenso erhalten sie Spenden von Unternehmern und Privatpersonen. Ein besonderes Projekt der Schwesternschaften stellt beispielsweise die Zufluchtsstelle für Opfer häuslicher Gewalt in Lida dar, das in Kooperation mit dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und anderen ökumenischen Partnern durchgeführt wird. Neben der unmittelbaren Hilfe für Gewaltopfer werden im Rahmen des Projekts auch Studien und Seminare zur Vorbeugung häuslicher Gewalt durchgeführt. Pilotcharakter haben außerdem die Projekte der Minsker Gemeinde zu Ehren der Ikone »Aller Trauernden Freude«. Hier finden regelmäßig Gottesdienste mit

Übersetzung in Gebärdensprache statt, und mit Hilfe von ökumenischen Partnern werden mehrere Werkstätten für Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen betrieben. Insgesamt führt die orthodoxe Kirche die Mehrzahl ihrer sozialen Aktivitäten außerhalb ihrer Kooperation mit staatlichen Behörden durch.

Dabei haben kirchliche Organisationen im sozialen Bereich zusätzliche Möglichkeiten, Verträge über soziale Versorgung mit den zuständigen staatlichen Behörden abzuschließen und damit staatliche Finanzierung zu erhalten. Das prominenteste Beispiel hierfür ist das »Dom miloserdija« (Haus der Barmherzigkeit) in Minsk, das unterschiedliche soziale und medizinische Dienstleistungen anbietet und hierzu sogar an staatlichen Ausschreibungen für kommerzielle Anbieter teilnimmt. Die Mehrzahl der kirchlichen Organisationen ist jedoch nicht hinreichend professionalisiert, um die Anforderungen für staatliche Dienstleistungsaufträge zu erfüllen und die neuen Möglichkeiten staatlicher Ko-Finanzierung im Rahmen des staatlichen Sozialauftrags für nicht-kommerzielle Organisationen zu nutzen.

### **Hierarchische Struktur**

Die Basisorganisation der orthodoxen Kirche ist die Gemeinde. Die Gemeinden werden in erster Linie durch ihre Gott dienende, liturgische Funktion geprägt. In vielen Gemeinden gibt es aber auch Gesprächsgruppen für Jugendliche und Erwachsene sowie Sonntagsschulen. Es gibt zahlreiche soziale Aktivitäten, wie Hilfeleistungen für alte Gemeindemitglieder und Arme, die Betreuung von Waisen oder Behinderten. Ebenso werden kulturelle Veranstaltungen, Exkursionen und Pilgerfahrten organisiert. In einigen großen Gemeinden gibt es eine derart breit gefächerte Tätigkeit, dass sie auch auf ihre Stadtbezirke ausstrahlen.

Die Gemeinden werden nach dem Territorialprinzip in Eparchien vereinigt, deren Grenzen weitgehend mit den staatlichen Verwaltungsgrenzen zusammenfallen. Die größte Eparchie umfasst die Hauptstadt Minsk und das Minsker Gebiet. In jedem anderen Gebiet (oblast) gibt es zwei Eparchien. Damit gibt es insgesamt 11 Eparchien, die seit 1989 in dem Belarussischen Exarchat unter Leitung des Patriarchen Exarchen, der zugleich Metropolit von Minsk ist, vereinigt sind. Das Exarchat ist eine Unterstruktur der Russisch-Orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat) und hat nur eine geringe Autonomie. Zwar gibt es eine belarussische Synode, doch alle wichtigen personellen und kanonischen Entscheidungen werden von der Moskauer Kirchenleitung getroffen. Die belarussische Synode, der alle Bischöfe der Belarussisch-Orthodoxen Kirche angehören, schlägt der zentralen Synode die Bildung neuer Eparchien und – mit Ausnahme der Minsker Eparchie – Kandidaten für ihre

Leitung vor. Alle Entscheidungen der belarussischen Synode müssen in Moskau bestätigt werden.

Jede Eparchie hat den Status einer lokalen Kirche und der sie leitende Bischof hat »die vollständige hierarchische Macht in Fragen der Glaubenslehre, des Sakraments und des Hirtenamts«. In vielen Fragen des Lebens der Eparchie ist der Bischof die zentrale Figur, die allein entscheidet, ob ein Priester die Erlaubnis für das Abhalten von Gottesdiensten erhält oder ihm diese entzogen wird, welcher Gemeinde er zugeordnet wird, ob die Tätigkeit von Schwestern- oder Bruderschaften erlaubt wird etc. Die Priester sind somit vollständig vom Willen des Bischofs abhängig – es sei denn, ein Priester verfügt über persönliche Kontakte zur Kirchenleitung, zu staatlichen Behörden, Unternehmern oder ist bei den Menschen sehr populär. Der bekannte Priester Pawel Adelgejm hat dieses System als »feudale Abhängigkeit« bezeichnet.

### Rechtlose Gläubige

Die Gemeindemitglieder befinden sich am unteren Ende dieser hierarchischen Pyramide. Sie haben keinerlei Recht auf Selbstverwaltung und Kontrolle von Ressourcen. Jede Gemeinde hat rechtlich lediglich einen nominellen Status, da es keine fixierte Mitgliedschaft gibt – und dementsprechend auch keine Mitgliedsrechte. Zwar besteht für einzelne Mitglieder die Möglichkeit, mit Hilfe von Geld oder Macht informell Einfluss zu nehmen, doch grundsätzlich ist jede Initiative von unten ein Risiko.

Die Gläubigen können sich in von der Kirchenleitung gebilligten oder in alternative non-formale kirchliche Vereinigungen zusammenschließen. Zum ersten Typus gehören die Bruder- und Schwesternschaften. Der zweite Typus umfasst Bewegungen und Gruppen verschiedener Richtungen – von informellen Gebetszirkeln bis zu Internetforen, die sowohl den offiziellen Kirchenkurs unterstützen oder sich von ihm absetzen. Dabei finden sich auch politisierte Gruppen mit unterschiedlichen Ideologien, wie Monarchismus, Stalinismus, Kosakentum, christliche Demokratie, Nationalismus, sowie mit ökumenischen und aufklärerischeren Ideen. Eine besonders offene Gemeinschaft ist beispielsweise die Gemeinde der Heiligen Peter und Paul in Minsk, in der mehrere Bruderschaften und Jugendklubs aktiv sind. Außerdem findet hier regelmäßig Gottesdienst in belarussischer Sprache statt, es gibt eine Kommission zur Übersetzung von biblischen und liturgischen Texten ins Belarussische.

Der bisherige Metropolit Filaret war sowohl Garant einer gewissen Unabhängigkeit der Belarussisch-Orthodoxen Kirche von der Moskauer Kirchenleitung als auch Garant der Einheit innerhalb der Belarussischen-Orthodoxen

Kirche und ihrer Synode. De facto übte er die Rolle eines Konfliktmediators aus und glich Gegensätze aus – obwohl sein Einfluss seit Mitte der Nullerjahre zurückging. Dies war zum einen durch seine nachlassende Gesundheit bedingt und hing zum anderen mit der zunehmenden Zentralisierung innerhalb der Russisch-Orthodoxen Kirche nach der Wahl des neuen Patriarchen Kirill zusammen. Damit nahmen die Auseinandersetzungen innerhalb der Synode zu und einzelne Bischöfe versuchten, ihren institutionellen Einfluss auszubauen. So wurden beispielsweise neue Strukturen gegründet, wie die Geschäftsführung des Belarussischen Exarchats, deren Leitung Bischof Huri von Nawahrudak übernahm.

### Der neue Metropolit

Die Ernennung von Metropolit Pawel, der bis dahin keinerlei Beziehung zur belarussischen Synode hatte, zum neuen Oberhaupt der Belarussisch-Orthodoxen Kirche, die ohne vorherige Abstimmung mit den örtlichen Bischöfen erfolgte, kann man angesichts der beschriebenen Spannungen als Misstrauensbekundung von Seiten der russisch-orthodoxen Kirchenleitung interpretieren. Dementsprechend wird von ihm erwartet, dass er Entscheidungen im Sinne des Moskauer Patriarchats trifft. Aus den bisherigen öffentlichen Äußerungen des neuen Metropoliten lässt sich entnehmen, dass er neben der Zentralisierung innerhalb der Kirche auch die Strategie der Nähe zum Staat fortsetzen oder sogar intensivieren wird. Für eine engere Kooperation spricht der Umstand, dass der Metropolit de facto gegen das Gesetz »Über Gewissensfreiheit« verstößt, dem zufolge nur ein belarussischer Staatsbürger eine religiöse Organisation leiten kann. In gewissem Sinne ist Metropolit Pawel dadurch sogar zu einer Geisel des belarussischen Regimes und des Präsidenten persönlich geworden, da es von Lukaschenkas gutem Willen abhängt, ob er unter Verletzung des Gesetzes »Über die Staatsbürgerschaft« dem Metropoliten die belarussische Staatsbürgerschaft ohne Verzicht auf die russische Staatsbürgerschaft verleiht.

Metropolit Pawel hat die letzten zehn Jahre im Gebiet Rjasan verbracht, in dem kaum andere Glaubensrichtungen vertreten sind. Allerdings hat er vorher lange Zeit in der Abteilung für externe Kirchenbeziehungen in Moskau gearbeitet und die Russisch-Orthodoxe Kirche in westlichen Ländern, wie den USA, Österreich und Ungarn, sowie in Israel vertreten, wo er an Dialogprozessen teilnehmen musste. Er hat jedoch kein eigenes ökumenisches Programm – im Unterschied zu seinem Vorgänger Filaret, für den die ökumenische Zusammenarbeit hohe Priorität als ein Instrument hatte, das ihm half, die finanzielle und politische Unabhängigkeit vom Staat zu stärken. Für Filaret war die westliche Welt

mehr Freund als Feind, er baute auf »Brücken«, »Dialog« und »Kooperation«.

### Zukunft ökumenischer Kooperation

Dank Metropolit Filaret war die Belarussisch-Orthodoxe Kirche im Vergleich mit anderen Strukturen der Russisch-Orthodoxen Kirche international gut vernetzt. Studierende des Theologie-Seminars konnten Praktika im Ausland absolvieren und erhielten Stipendien. Er segnete die internationale Kooperation kirchlicher Organisationen in unterschiedlichen Bereichen, wie Bildung,

Wissenschaft und Soziale Arbeit. Selbst wenn Metropolit Pawel, der während seiner Rjasaner Zeit durch mehrere »anti-westliche« Äußerungen aufgefallen ist, diese Linie nicht fortsetzen sollte, so bleibt die Belarussisch-Orthodoxe Kirche durch zahlreiche Fäden auf der Ebene einzelner Gemeinden, Organisationen und Personen mit den ökumenischen Partnern in der westlichen Welt verbunden. Diese sind in der Lage, den von Metropolit Filaret in 35 Jahren geprägten pro-ökumenischen Kurs fortzusetzen.

*Übersetzung aus dem Russischen von Astrid Sahn*

#### Über die Autorin:

Natallia Vasilevich (geb. 1982) ist Politik- und Religionswissenschaftlerin. Sie ist Direktorin des 2009 in Minsk gegründeten Zentrums »Ekumena« (Ökumene, <<http://ecumena.by>>) und arbeitet in der Initiative für Glaubens- und Religionsfreiheit »Forb« mit (<<http://forb.by>>).

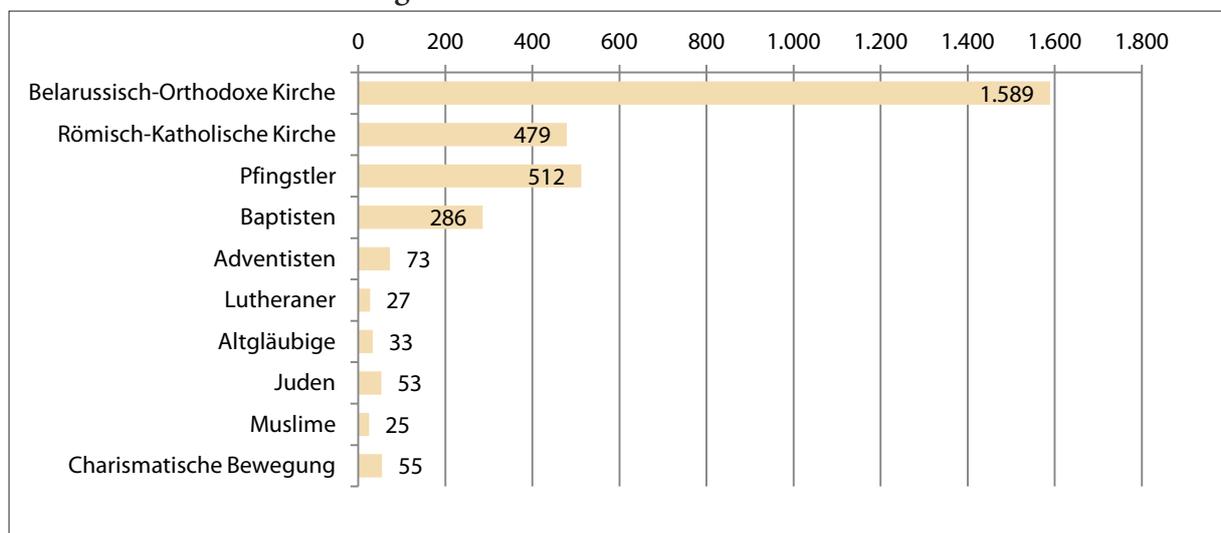
#### Lesetipps:

- Natallia Vasilevich: Churches and the State: Ten years after the law on religion, in: Anatoly Pankovsky / Valeria Kostyugova (ed.): Belarusian Yearbook 2012. A survey and analysis of developments in the Republic of Belarus in 2012, Minsk 2013, S. 196–204, <[http://belinstitute.eu/sites/biss.newmediahost.info/files/attached-files/ej\\_2012\\_eng.pdf](http://belinstitute.eu/sites/biss.newmediahost.info/files/attached-files/ej_2012_eng.pdf)>.
- Natallia Vasilevich: Orthodox Church in Belarus: Between the Russian Orthodox Church and Belarusian Society, in: BELL Belarus Info Letter, 8(38), 2013, S. 3–5, <[http://www.eesc.lt/uploads/news/id556/Bell\\_2013\\_8%2838%29.pdf](http://www.eesc.lt/uploads/news/id556/Bell_2013_8%2838%29.pdf)>.
- Natalja Wasiljewitsch: Belorusskaja prawoslawnaja zerkow w teni gosudarstwa, in: Pro et Contra 5(60), September/Oktober 2013, S. 80–96, <[http://carnegieendowment.org/files/PeC\\_60\\_all.pdf](http://carnegieendowment.org/files/PeC_60_all.pdf)>.

## TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

## Statistiken und Umfragen zur Religion

Grafik 1: Zahl der offiziell registrierten Gemeinden zum 1.1.2012



Quelle: Swoboda sowesti w Belarusi w 2011 – perwoi polowine 2012 gg.: monitoring i analis <<http://churchby.info/bel/857/>>

Tabelle 1: Geographische Verteilung der religiösen Gemeinden nach Gebieten zum 1.1.2012

	Brest	Homel	Hrodno	Mahilau	Minsk	Minsk Stadt	Wizebsk
Belarussisch-Orthodoxe Kirche	375	215	194	127	346	38	272
Römisch-katholische Kirche	56	17	174	23	96	20	93
Pfingstler	160	70	32	41	135	23	51
Baptisten	94	26	20	40	50	18	38
Adventisten	18	12	7	6	10	6	14
Lutheraner	0	4	3	4	1	2	13
Altgläubige	0	2	1	7	3	2	18
Juden	7	8	4	15	4	6	9
Muslime	2	1	8	1	6	3	4
Charismatische Bewegung	7	12	6	3	11	9	7
Sonstige	20	16	19	11	5	15	14
<b>Insgesamt</b>	<b>739</b>	<b>383</b>	<b>468</b>	<b>278</b>	<b>667</b>	<b>142</b>	<b>533</b>

Quelle: Religiosnye organizazii, zaregistrirowannye Upolnomotschennym po delam religij i nazionalnostej (po sostojaniju na 1 janwarja 2012g.) <[http://www.belarus21.by/ru/main\\_menu/religion/relig\\_org/new\\_url\\_174769964](http://www.belarus21.by/ru/main_menu/religion/relig_org/new_url_174769964)>

Tabelle 2: Anzahl der Gebetshäuser der religiösen Gemeinden zum 1.1.2012

	in Funktion	in Bau
Belarussisch-Orthodoxe Kirche	1.348	156
Römisch-katholische Kirche	465	26
Pfingstler	230	6
Baptisten	159	6
Adventisten	33	1
Lutheraner	4	0
Altgläubige	28	1
Juden	7	1
Muslime	6	1
Charismatische Bewegung	8	0
Sonstige	20	2
<b>Insgesamt</b>	<b>2.308</b>	<b>200</b>

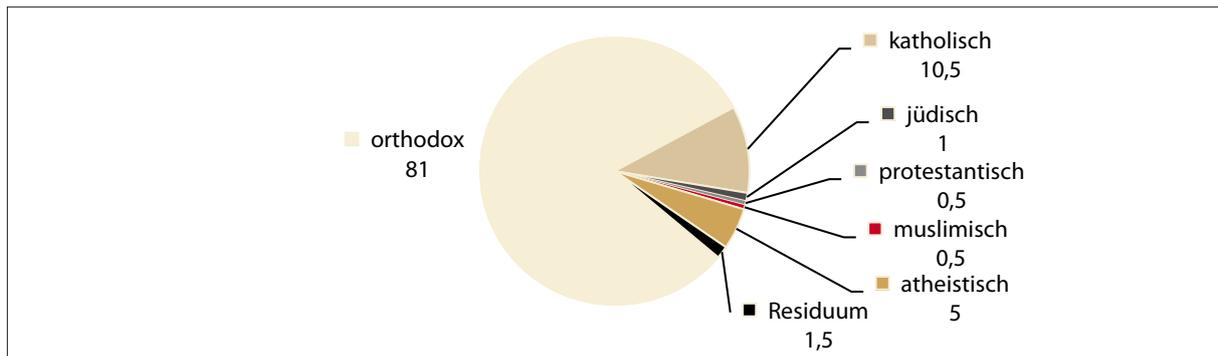
Quelle: Religiosnye organizazii, zaregistrirowannye Upolnomotschennym po delam religij i nazionalnostej (po sostojaniju na 1 janwarja 2012g.) <[http://www.belarus21.by/ru/main\\_menu/religion/relig\\_org/new\\_url\\_174769964](http://www.belarus21.by/ru/main_menu/religion/relig_org/new_url_174769964)>

**Tabelle 3: Entwicklung der Glaubenszugehörigkeit nach Umfragen des IISEPS (in %)**

	März 1999	März 2003	Dez. 2009	Sept. 2010
Orthodox	59,7	74,5	78,5	78,8
Katholisch	9,8	12,7	13,1	11,1
Protestantisch	0,5	1,4	0,6	0,7
Muslimisch	k. A.	0,4	0,4	0,1
Jüdisch	0,1	0,1	0,2	0,1
Sonstiges	0,4	0,4	0,9	0,3
Atheistisch	7,5	10,2	6,1	8,8
keine Antwort	11,2	0,3	0,2	0,1

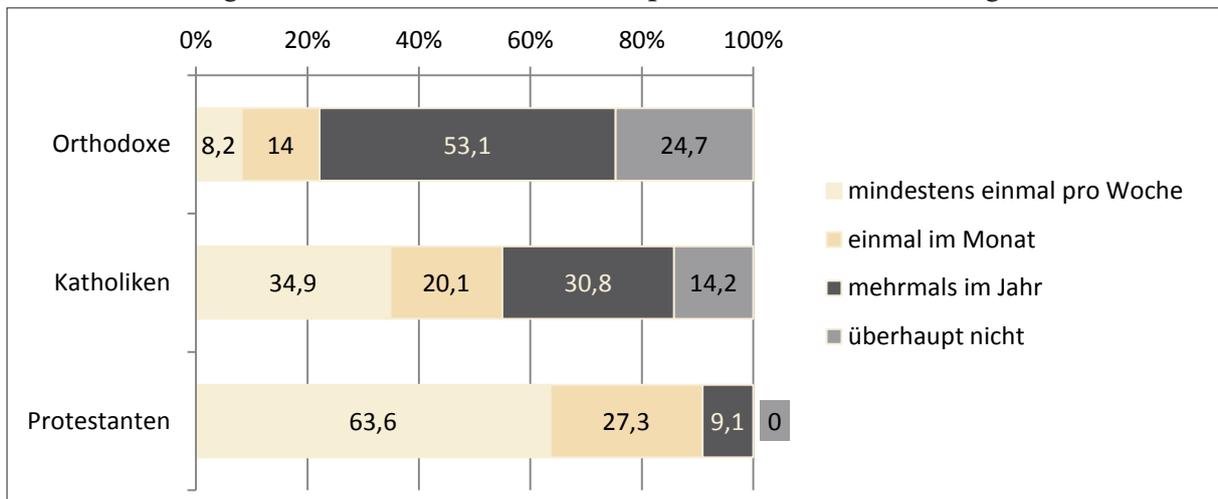
Quelle: *Religiosnost i moral belorusow*, <<http://www.iiseps.org/analitica/143>>

**Grafik 2: Glaubenszugehörigkeit nach Umfragen des Informations-analytischen Zentrums der Präsidialadministration in 2011 (in %)**



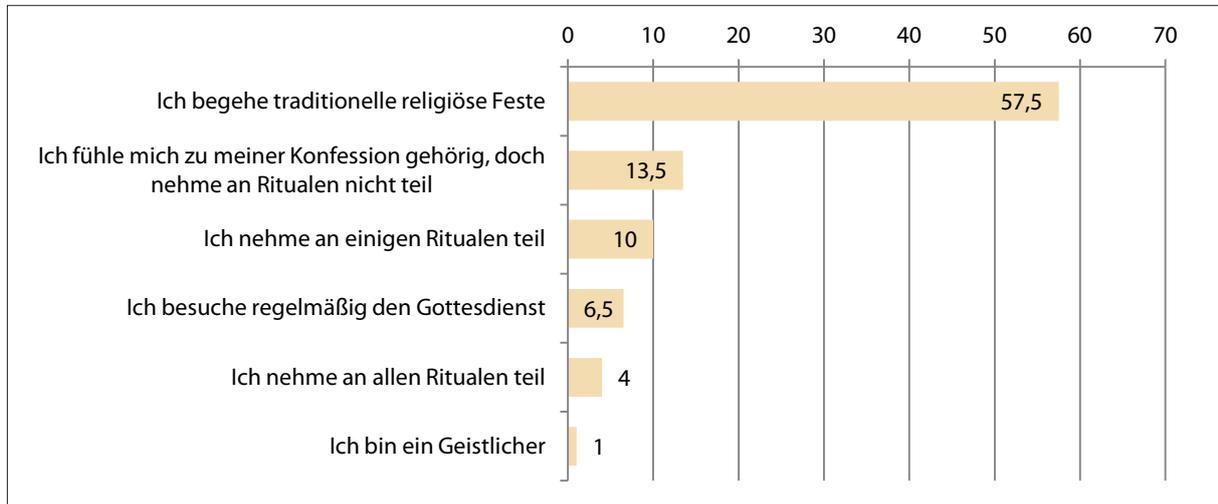
Quelle: L.E. Kryschtanowitsch (Hg.): *Respublika Belarus w serkale soziologii*, Minsk 2012, S. 44

**Grafik 3: Häufigkeit von Kirchenbesuchen im September 2010 nach Umfragen des IISEPS**



Quelle: *Religiosnost i moral belorusow*, <<http://www.iiseps.org/analitica/143>>

**Grafik 4: Ausübungsformen des Glaubens nach Umfragen des Informations-analytischen Zentrums der Präsidentialadministration in 2011**



Quelle: L.E. Kryschtanowitsch (Hg.): *Respublika Belarus w serkale soziologii*, Minsk 2012, S. 44

**Tabelle 4: Entwicklung des Vertrauens in staatliche und gesellschaftliche Institutionen nach Umfragen des ISEPS**

Institution	Mai 2010	Dez. 2010	Juni 2011	Dez. 2012	Dez. 2013
Orthodoxe Kirche	63,6	68,3	63,3	70,6	63
Katholische Kirche	37,3	35,4	38	44,1	36,3
Protstantische Kirche	19	16,3	17,4	16,3	10,9
Präsident	54,3	55	35,7	39,1	37,7
Armee	52,8	53,6	45,4	52,8	44,1
KGB	42,1	43,2	33,8	37,2	33,9
Internationale Organisationen	38,6	45,8	43	38,7	36,9
Menschenrechtsorganisationen	30,8	38	32,6	33,5	28,7

Quelle: *Negativnaja dinamika dowerija institutam*, <<http://www.iiseps.org/analitica/564>>

## Die Krimkrise in den belarussischen Medien

Pauljuk Bykouski, Minsk

### Zusammenfassung:

Während sich russische und ukrainische Medien in den letzten Wochen einen »Informationskrieg« geliefert haben, zeichneten sich die belarussischen Medien in der Krimkrise durch eine auf den ersten Blick erstaunliche Zurückhaltung aus. Zwar lassen sich auch einige offene positive oder negative Bewertungen auf den oppositionellen Internetseiten oder im Staatsfernsehen finden, doch insgesamt verzichteten alle Medien weitgehend auf aktive Desinformation. Dies lässt sich einerseits damit erklären, dass die politische Führung bis zum Krim-Referendum versuchte, eine neutrale Haltung im russisch-ukrainischen Konflikt einzunehmen. Andererseits ist die Form der Berichterstattung auch durch die aktuelle Lage der belarussischen Medien selbst bedingt.

Während der mehrmonatigen Proteste auf dem Kiwer Maidan herrschten in der staatlichen und nicht-staatlichen Presse neutrale Veröffentlichungen über die Ereignisse in der Ukraine vor. Die staatlichen Medien vermieden es weitgehend, die Protestaktionen in der ukrainischen Hauptstadt zu erwähnen, allerdings ignorierten sie das Thema nicht vollständig. In den unabhängigen Zeitungen erschienen deutlich mehr Beiträge, doch beschränkten sie sich in der Regel auf die chronologische Darstellung der Ereignisse und boten nur in seltenen Fällen zusammenfassende Darstellungen.

Vor einigen Jahren durchgeführte Medienanalysen haben gezeigt, dass die belarussische Medienlandschaft ein hohes Ungleichgewicht in der Auslandsberichterstattung aufweist und Berichte über die Lage in Russland eindeutig dominieren. Berichte über andere Nachbarländer finden sich deutlich seltener und in der Regel handelt es sich dabei um die Wiedergabe von Artikeln aus russischen Medien. Dies hat seinen Grund darin, dass die belarussischen Medien fast keine eigenen Auslandskorrespondenten haben und sie auch nicht über die finanziellen Mittel verfügen, um Nachrichten von ausländischen Informationsagenturen einzukaufen oder ihre Journalisten auf eine Dienstreise ins Ausland zu senden. Exklusive Beiträge erhalten belarussische Medien in der Regel nur, wenn ein Journalist seine Reise quasi als Tourist selbst bezahlt oder er an einer von internationalen Gebern, Firmen o. a. finanzierten Informations- oder Studienreise teilnimmt.

### Begrenzte Recherchere Ressourcen

Im Falle des Maidan haben einige belarussische Medien Wege gefunden, um das Problem fehlender Auslandskorrespondenten im Nachbarland zu lösen: Die nicht-staatliche Nachrichtenagentur »BelaPAN« kooperierte in Kiew mit dem aktiven Blogger und Fotografen Stepan Panfilow, das Internet-Portal tut.by entsandte einen Fotokorrespondenten an den Ort des Geschehens und nutzte aktiv Informationen aus den sozialen Netzen.

Einige Redaktionen, wie die unabhängigen Radiosender »Ewroradio«, »Swaboda«, der unabhängige Fernsehsender »Belsat« sowie die staatliche Zeitung »Respublika« erlaubten sich, Journalisten auf Dienstreise in die Ukraine zu senden. Andere Journalisten, wie Smizer Halka von »Nowy tschas« fuhrten auf eigene Kosten. Darüber hinaus waren auf dem Maidan etliche belarussische Aktivisten, von denen einige eigene Blogs oder Rubriken in Internet-Medien haben, wie z. B. Darja Katkouskaja und Andrei Strishak. Damit stand insgesamt ein breiter Informationsfluss zur Verfügung, dem es jedoch an Tiefgang fehlte. Denn die Autoren hatten nicht die Möglichkeit, in den Kontext einzutauchen, sondern schrieben faktisch im online-Regime über die gerade ablaufenden Ereignisse. An die Stelle einer eigenständigen Überprüfung von Fakten oder des Vergleichs von unterschiedlichen, voneinander unabhängigen Quellen trat häufig der Verweis auf ukrainische oder russische Medien.

Ende Februar 2014, als Viktor Janukowitsch nach Russland flüchtete und die neue Regierung ihre ersten Schritte unternahm, wurde offensichtlich, dass den belarussischen Medien eine systematische Vorgehensweise und die Kenntnis der »politischen Küche« in der Ukraine fehlen. Als der »Informationskrieg« zwischen russischen und ukrainischen Medien, einschließlich Fernsehkanälen und Informationsagenturen, ins Rollen kam, wurden die belarussischen Medien teilweise sein Opfer, indem sie falsche Informationen wiedergaben. Ihre Situation wurde dadurch erschwert, dass es auf der Krim praktisch keine belarussischen Journalisten gab.

Immerhin ist es den beiden Nachrichtenagenturen, d. h. sowohl der staatlichen Nachrichtenagentur BELTA als auch der nicht-staatlichen Agentur BelaPAN, gelungen, die Verbreitung von Falschmeldungen und Diskriminierungen zu vermeiden. Dabei ignorierte BELTA allerdings die Anstrengungen der belarussischen Zivilgesellschaft, sich mit der Ukraine solidarisch zu zei-

gen – während für BelaPAN dementsprechende Berichte zu einem besonderen Markenzeichen wurde, d. h. zu ihrem exklusiven Beitrag zur Berichterstattung über die Ukraine mit Bezug auf Belarus.

### Neutrale Berichterstattung

Bei BELTA finden sich im Zeitraum vom 28. Februar bis zum 19. März 2014 insgesamt 125, bei BelaPAN 186 Nachrichten zu den Ereignissen in der Ukraine. Eine inhaltliche Analyse dieser Berichte bestätigt den Eindruck über das Vorherrschen einer neutralen Berichterstattung. Zu diesem Zwecke wurden die Beiträge in pro-russische, pro-ukrainische und neutrale eingeteilt. Wie man aus der Grafik ablesen kann, finden sich bei BELTA fast keine pro-ukrainischen, bei BelaPAN hingegen kaum pro-russische Publikationen. Allerdings gibt es bei BelaPAN mit Ausnahme einiger weniger Tage auch fast keine pro-ukrainischen Beiträge. In Prozentzahlen ergibt sich für den Untersuchungszeitraum folgendes Bild: Bei BELTA haben 30,4% der Beiträge eine pro-russische und 4% eine pro-ukrainische Ausrichtung, während bei BelaPAN 6,9% aus russischer und 13,4% aus ukrainischer Perspektive verfasst sind. Die pro-ukrainische Position wird dabei häufig von belarussischen Oppositionspolitikern und zivilgesellschaftlichen Akteuren vertreten, die Russlands Aggression kritisieren und sich mit dem ukrainischen Volk solidarisch erklären.

Diese Unterschiede lassen sich mit der Verwendung unterschiedlicher Quellen sowie mit unterschiedlichen Anforderungen beider Agenturen an die Beiträge erklären. BelaPAN betont bei der Beschreibung des Konflikts zumindest stets, dass es unterschiedliche Positionen gibt, und schildert kurz die Ereignisse. BELTA erwähnt hingegen nicht, dass der Regierungswechsel auf der Krim und der Beschluss, ein Referendum über die Wiedervereinigung der Halbinsel mit Russland abzuhalten, erfolgt ist, nachdem bewaffnete Kräfte, die von der ukrainischen Führung als russische Soldaten iden-

tifiziert wurden, das Gebiet faktisch besetzt hatten. In einigen Publikationen wird allerdings zumindest durch die Anmerkung, dass Kiew das Krim-Referendum für illegitim hält, ein Ausgleich geschaffen.

### Kurswechsel nach Referendum

Der für den Untersuchungszeitraum ermittelte vorherrschende neutrale Ton der gesamten belarussischen Berichterstattung zur Ukraine beginnt sich seit dem Krim-Referendum am 16. März zu verändern. So vertritt beispielsweise BELTA zunehmend pro-russische Positionen. Auch im – alternativlosen – Staatsfernsehen, das bis dahin ebenfalls weitgehend neutral war, übernimmt die Mehrzahl der Interviewten in Nachrichtensendungen und Talkshows russische Positionen bei der Bewertung der Krimannexion. Der Krieg um die Krim hat die prorussischen Kräfte innerhalb des staatlichen Propagandaapparats mobilisiert und sie tauchen nun häufiger im Fernsehen auf.

Dieser Wechsel im Ton der Berichterstattung dürfte kein Zufall sein. Denn bis zum Referendum hatte die belarussische Führung jegliche eindeutige Bewertung der Ereignisse in der Ukraine und um die Krim vermieden. Diesem Bemühen, Neutralität zu bewahren, sind auch die staatlichen Medien mit der staatlichen Nachrichtenagentur BELTA an der Spitze, gefolgt. Dies lässt sich nicht zuletzt damit erklären, dass für Belarus die wirtschaftlichen Beziehungen mit der Ukraine sehr wichtig sind. Denn die Ukraine ist nach Russland der zweitwichtigste Handelspartner von Belarus. Dabei fällt die Handelsbilanz mit der Ukraine für Belarus im Unterschied zu der mit Russland nicht negativ, sondern positiv aus. Belarus hat daher ein grundsätzliches Interesse, gute Beziehungen zur Ukraine zu bewahren. An der weiteren Entwicklung der Berichterstattung in den staatlichen Medien wird abzulesen sein, inwieweit die belarussische Führung dem Druck Putins, die russische Position vollständig zu übernehmen, nachgeben muss.

*Übersetzung aus dem Russischen von Astrid Sahn.*

### Über den Autor:

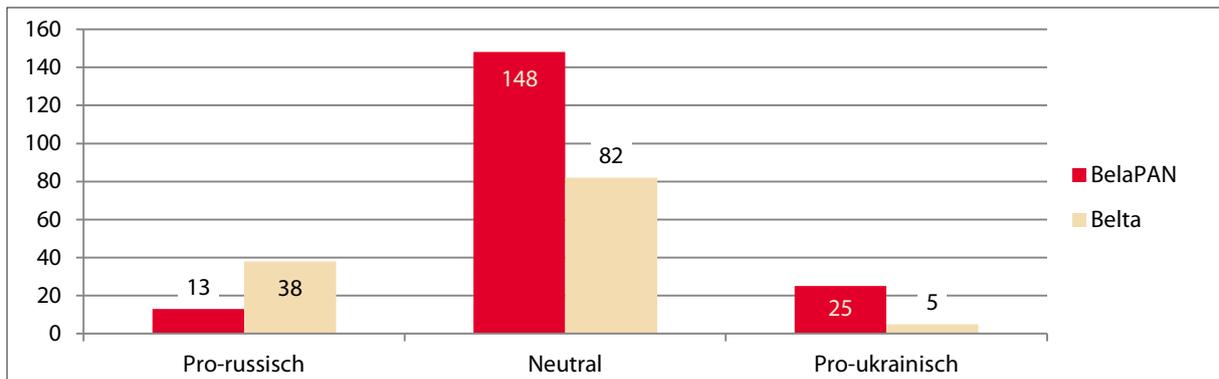
Pauljuk Bykouski (geb. 1971) ist unabhängiger Journalist und Medienforscher. Seit 1995 leitet er die politische Redaktion der Zeitung »Belorusy i rynok« (Belarussen und Markt) in Minsk.

### Lesetipps:

- Pawljuk Bykowskij: Ewromaidan w serkale belorusskich shurnalistow, Mediakritika, 20.12.2013, <<http://media.kritika.by/article/1771/evromaydan-v-zerkale-belorusskih-zhurnalistov>>.
- Anna Maria Dyner: Consequences for Belarus of Russian Policy to Ukraine, Polish Institute of International Affairs Bulletin, No. 33 (628), 13.3.2014, <[https://www.pism.pl/files/?id\\_plik=16744](https://www.pism.pl/files/?id_plik=16744)>.

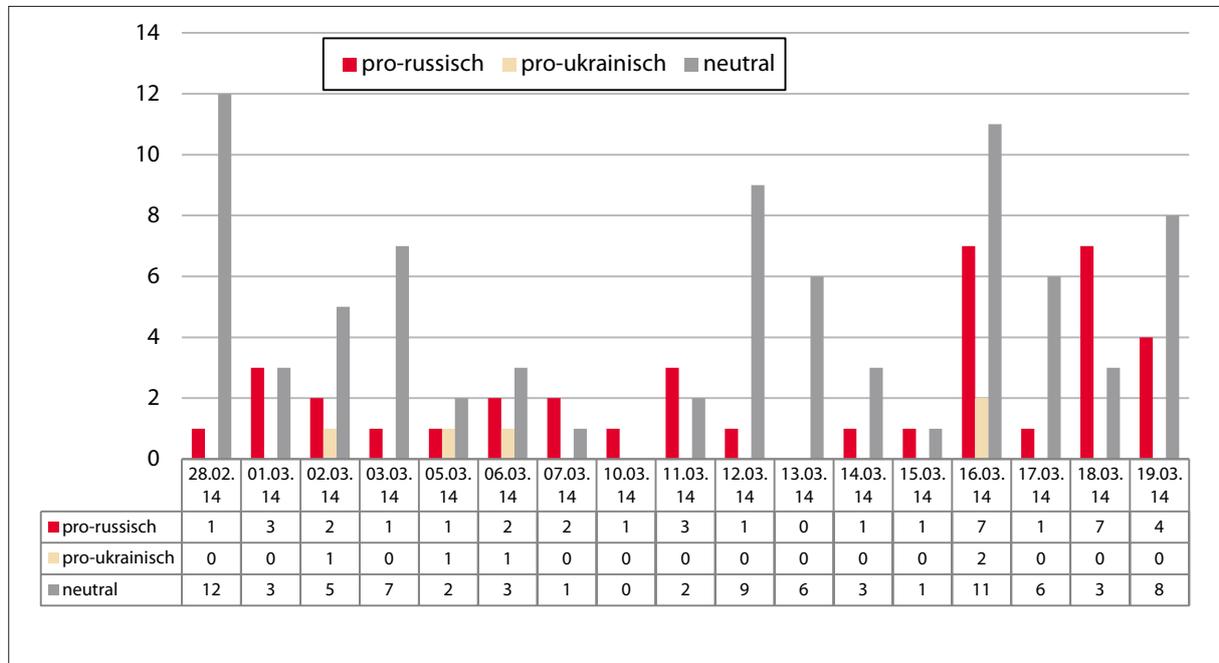
## Berichterstattung zur Ukraine durch belarussische Nachrichtenagenturen

Grafik 1: Berichterstattung zur Ukraine durch belarussische Nachrichtenagenturen vom 28.2.–19.3.2014



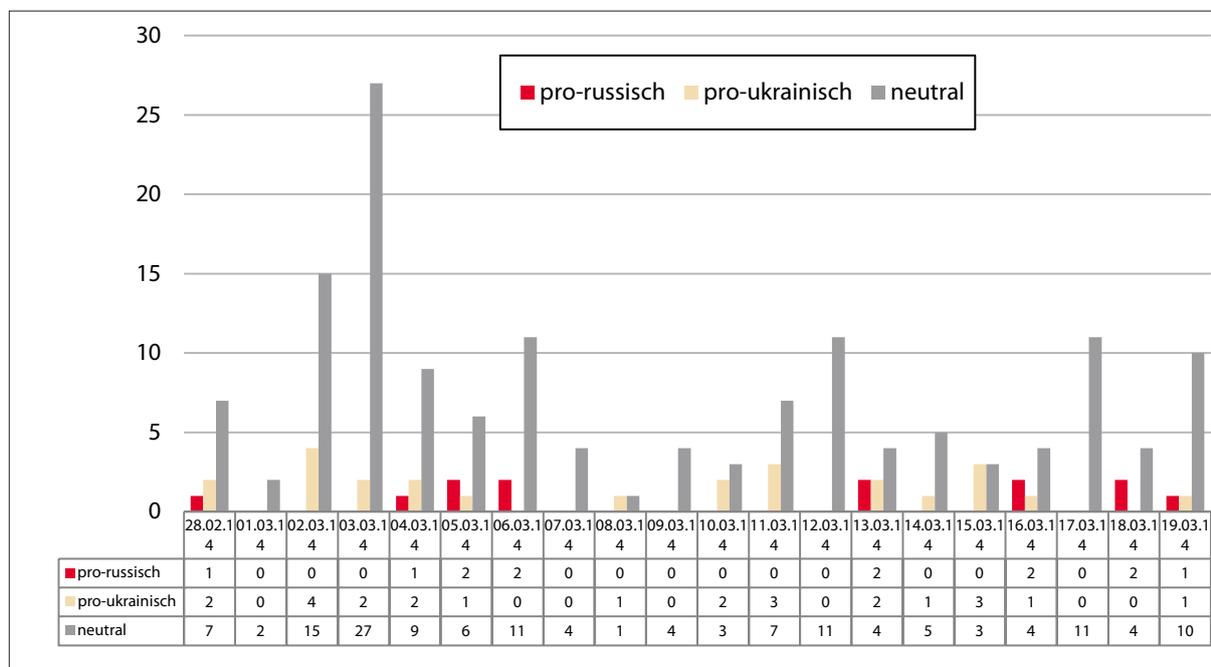
Gesamtzahl der Meldungen: BelaPAN: 186; Belta: 125. Zusammengestellt von Pauljuk Bykouski.

Grafik 2: Berichterstattung zur Ukraine durch belarussische Nachrichtenagenturen vom 28.2.–19.3.2014 – detaillierte Übersicht für Belta



Zusammengestellt von Pauljuk Bykouski.

Grafik 3: Berichterstattung zur Ukraine durch belarussische Nachrichtenagenturen vom 28.2.–19.3.2014 – detaillierte Übersicht für BelaPAN



Zusammengestellt von Pauljuk Bykouski.

## 16. Dezember 2013 – 25. März 2014

16.12.2013	Der Minsker Stadtrat benennt eine Parkanlage nach dem verstorbenen venezuelischen Präsidenten Hugo Chavez.
17.12.2013	Der neu ernannte Vorsitzende der Ad Hoc-Arbeitsgruppe zu Belarus in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE Christian Holm trifft sich mit dem Vorsitzenden der Vereinigten Bürgerpartei Anatol Ljbedska, dem Vorsitzenden der Belarussischen Volksfront Aljaksei Janukewitsch sowie dem stellvertretenden Vorsitzenden der Bewegung »Für Freiheit« Juri Hubarewitsch.
17.12.2013	Außenminister Uladsimir Makej lädt alle Botschafter der EU-Mitgliedstaaten, der USA und des Vatikans zum Gespräch über Kooperationsperspektiven ein.
17.12.2013	Das litauische Außenministerium wirft den belarussischen Behörden zum wiederholten Male vor, mit dem erfolgten Baubeginn eines AKWs im Bezirk Astrawez gegen die Espoo-Konvention zu verstoßen.
17.12.2013	Der Belarussische Demokratische Gewerkschaftskongress, die Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Russlands und die Arbeitskonföderation Russlands unterzeichnen in Moskau ein Memorandum über die Bildung einer Assoziation.
20.12.2013	Vize-Premier Pjotr Prakałowitsch erklärt vor der Belarussischen Nationalversammlung, dass die belarussische Regierung bereit sei, die Raffinerie in Masyr an Rosneft zu verkaufen, wenn der Konzern die jährliche Lieferung von 20 Mio. t Öl bis 2020 garantiere. Belarus erwarte außerdem, dass das Land ab 2015 an Russland keine Zölle mehr für den Weiterexport von Ölprodukten abführen müsse. Dies würde für Belarus einen Zugewinn von 3,5 bis 4 Mrd. US-Dollar bedeuten. In den ersten 10 Monaten des Jahres 2013 hat Belarus 2,885 Mio. US-Dollar an die russische Staatskasse abgeführt. Gleichzeitig betont der Vize-Premier, dass Belarus bereits etwa 4 Mrd. US-Dollar infolge der Vorzugspreise für russische Energielieferungen spare.
20.12.2013	Mehrere hundert Autofahrer blockieren in der Minsker Innenstadt durch langsames Fahren und Hupen den Verkehr, um gegen die geplante neue Steuer für Autobesitzer zu protestieren. Als Folge der Proteste werden mehrere Beteiligte zu mehrtägigen Gefängnis- oder Geldstrafen verurteilt. Eine zweite, für den 27. Dezember angekündigte Protestaktion scheitert wegen fehlender Teilnehmer. Die Polizei hatte per Internet konsequente Strafverfolgung für Verkehrsbehinderung angekündigt und außerdem die Ampelschaltungen auf »Grüne Welle« gestellt.
21.12.2013	Bei Verhandlungen zwischen dem belarussischen stellvertretendem Vize-Premier Uladsimir Sjamaska und seinem russischen Amtskollegen Arkadij Dworkowitsch in Moskau wird vereinbart, dass Russland 11,5 Mio. t Öl im ersten Halbjahr 2014 an Belarus liefern wird. Über die Liefermenge für das zweite Halbjahr soll zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden. Die Abkommen für Kohle-, Strom- und Gaslieferungen werden ebenfalls als unterschriftsfertig bezeichnet.
22.12.2013	Der Apostolische Nuntius Claudio Gugerotti überreicht der 86jährigen Jadwiha Pasternak bei einem Gottesdienst in Wilejka ein Segensschreiben von Papst Franziskus als Anerkennung für ihre Unterstützung der katholischen Kirche während der sowjetischen Herrschaft. Bei dem Schreiben handelt es sich um das erste offizielle päpstliche Dokument, das in belarussischer Sprache verfasst ist.
24.–25.12.2013	In Moskau tagen der Oberste Eurasische Wirtschaftsrat sowie der Oberste Rat der Union von Belarus und Russland. Russlands Präsident Wladimir Putin sagt dabei seinem belarussischen Amtskollegen einen neuen finanziellen Kredit bis zu 2 Mio. US-Dollar für 2014 zu. Allerdings sollen hiervon nur 450 Mio. US-Dollar aus staatlichen Mitteln bereit gestellt werden.
25.12.2013	Die Synode der Russisch-Orthodoxen Kirche in Moskau nimmt den Rücktritt von Metropolit Filaret an und ernennt den Metropolitan Pawel, der bisher die Eparchie Rjasan und Michailow geleitet hat, zu seinem Nachfolger als Oberhaupt der Belarussisch-Orthodoxen Kirche.
27.12.2013	Der russische Botschafter in Minsk Aleksandr Surikow erklärt Journalisten, dass es etliche Probleme in den Beziehungen zwischen Belarus und Russland gebe. Diese beträfen insbesondere die Einhaltung von Regeln der Zollunion. So würde Belarus russische Firmen bei Ausschreibungen benachteiligen. Produkte der ölverarbeitenden Industrie blieben so lange vom Freihandelsabkommen innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion ausgenommen, bis einige Mitgliedsstaaten »idiotische Dinge« einstellen würden.
27.12.2013	Der Antikrisenfonds der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft verschiebt die Auszahlung der letzten Rate des Stabilisierungskredits an Belarus um mindestens sechs Monate, da Belarus nicht alle Kreditbedingungen erfüllt habe.
27.12.2013	Aljaksandr Lukaschenka erklärt das Jahr 2014 per Präsidialerlass zum Jahr der Gastfreundlichkeit.

31.12.2013	Aljaksandr Lukaschenka verlängert per Präsidialerlass die Zollbefreiung für den Konzern »Belaruskali« bis zum 31. März 2014. Bis dahin sollen sich die Kaliexporte, die aufgrund des Aufbrechens des Kartells mit »Uralkali« im Sommer 2013 eingebrochen waren, wieder stabilisiert haben.
01.01.2014	Der monatliche Mindestlohn wird von 1,395 Mio. auf 1,660 Mio. BYR erhöht, der Stundenlohn steigt von 8.340 auf 9.890 BYR.
04.01.2014	Aljaksandr Lukaschenka unterzeichnet das Gesetz, mit dem Belarus der GUS-Konvention über die Standards demokratischer Wahlen beitrifft.
08.01.2014	Lediglich 11 der insgesamt 4.393 Mitglieder der regionalen Wahlkommissionen für die Lokalwahlen am 23. März vertreten Oppositionsparteien. Es sind dies 8 Vertreter der Belarussischen Partei der Linken »Gerechte Welt« und drei Vertreter der Belarussischen Volksfront. Insgesamt hatten Oppositionsparteien 185 Bewerber benannt. Hingegen wurden 233 der 504 Bewerber von regimeloyalen Parteien in die Kommissionen aufgenommen.
12.–15.01.2014	Eine belarussische Delegation unter Leitung des stellvertretenden Außenministers Valjanzin Rybakau besucht den Sudan.
17.–24.01.2014	Über 521.000 Gläubige besichtigen im Haus der Barmherzigkeit die Weihgaben der Heiligen Drei Könige aus dem Paulus-Kloster auf dem Berg Athos in Griechenland. Die Reliquie hat Griechenland seit dem 15. Jahrhundert nicht verlassen. Zu ihren Stationen gehören außerdem Moskau und Kiew.
19.–24.01.2014	Eine Regierungsdelegation unter Leitung von Premierminister Michail Mjasnikowitsch besucht China. Es werden insgesamt 29 bilaterale Vereinbarungen unterzeichnet, darunter ein Strategisches Partnerschaftsprogramm für 2014–2016. Zu den Gesprächspartnern gehören Premierminister Li Keqiang, Präsident Xi Jinping sowie weitere Staats- und Wirtschaftsvertreter.
21.–23.01.2014	Der stellvertretende Außenminister Aljaksandr Hurjanau hält sich zu Gesprächen mit EU-Vertretern in Brüssel auf. Der Schwerpunkt der Gespräche liegt auf Handelsfragen sowie den möglichen Beitritt von Belarus zur WTO.
21.01.2014	Bei einem Treffen mit Vertretern zentraler Medien bezeichnet Präsident Lukaschenka die Ereignisse in der Ukraine als Katastrophe. Als eine Ursache identifiziert er die wirtschaftlichen Aktivitäten von Janukowitschs Söhnen sowie die Ansprüche seiner Geliebten. Gleichzeitig betont er die brüderlichen Beziehungen seines Landes zu Russland und spricht von einer vorsichtigen Verbesserung der Beziehungen zur EU.
22.01.2014	Bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei in Kiew wird auch ein belarussischer Staatsbürger getötet, der allerdings bereits seit 2005 in der Ukraine lebte.
23.01.2014	Aljaksandr Lukaschenka erklärt bei einem Treffen mit neu ernannten Vorsitzenden von regionalen Exekutivkomitees, dass die Idee, eine führende Partei zu gründen, wieder aufgegriffen werden müsse. Dies soll jedoch nicht künstlich geschehen. Vorherige Initiativen, die pro-präsidiale Bewegung »Belaja Rus« in eine Partei umzuwandeln, waren mehrmals am Widerstand des Präsidenten gescheitert.
24.01.2014	Der Internationale Währungsfonds veröffentlicht einen Bericht zu Belarus, der als Ergebnis eines Missionsbesuchs im Oktober 2013 erstellt wurde. Der Bericht warnt vor einer Überbewertung des belarussischen Rubels und zu starken Währungsinterventionen der Nationalbank. Er empfiehlt außerdem in 2014 auf Gehaltserhöhungen zu verzichten.
26.01.2014	Der Vorsitzende der Bewegung »Sag die Wahrheit« Uladsimir Njakljajew nimmt in Kiew an einem Gedenkgottesdienst für den bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen in Kiew vor einer Woche getöteten belarussischen Staatsbürger Michail Shysneuski teil und spricht auf dem Unabhängigkeitsplatz. Ihm zufolge hat die Zahl der an den Protesten sich beteiligenden Belarussen seit dem Tod Shysneuskis zugenommen. Der Leichnam von Shysneuski wird anschließend in seine Heimatstadt Homel überführt, wo er am 28. Januar beerdigt wird.
27.01.2014	Der Vorsitzende der Vereinigten Bürgerpartei Anatol Ljabedzka trifft sich in Kiew mit Vertretern von ukrainischen Oppositionsparteien, um die Bildung einer gemeinsamen belarussisch-ukrainischen Bewegung gegen autoritäre Regime zu diskutieren.
27.01.2014	Eine Mission der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) trifft zu einem fünftägigen Aufenthalt in Belarus ein. Geplant sind Gespräch mit Vertretern von staatlichen und unabhängigen Gewerkschaften und des Arbeitsministeriums sowie mehrere Betriebsbesuche.
28.01.2014	Der Gründer der NRO »Den Kindern von Tschernobyl« Henads Hruschawy erliegt in Minsk den Folgen eines Krebsleiden.
29.–30.01.2014	Belarus und die Europäische Kommission nehmen während eines Besuchs der stellvertretenden Außenministerin Aljona Kuptschyna in Brüssel die Verhandlungen über ein Visaerleichterungsabkommen auf.

31.01.2014	Bei einer Sitzung zur Situation in der Holzverarbeitenden Industrie droht Präsident Lukaschenka den Regierungsmitgliedern mit Strafverfolgung, weil die Fristen für die Inbetriebnahme modernisierter Produktionsanlagen im Betrieb »Wizebskdreu« nicht eingehalten wurden.
01.02.2014	Die Renten werden durchschnittlich um 5,2% angehoben.
03.–05.02.2014	Eine Delegation unter Leitung des stellvertretenden Premierministers Michail Rusy und des stellvertretenden Außenministers Waljanzin Rybakau besucht Israel, um an der vierten Sitzung des Belarussisch-Israelischen Ausschusses für Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit teilzunehmen. Es finden außerdem Gespräche mit Außenminister Avigdor Liberman, Finanzminister Yair Lapid, Wirtschaftsminister Naftali Bennett sowie mit der Immigrationsministerin Sofa Landver statt.
04.02.2014	Vizepremier Uladsimir Sjasaschka und der Gouverneur des russischen Gebiets Amur Oleg Koschemjako unterzeichnen in Minsk ein Kooperationsprogramm für 2014–2018. Der Gouverneur war am Vortag bereits von Präsident Lukaschenka empfangen worden.
04.–10.02.2014	Das Oberhaupt der Römisch-Katholischen Kirche in Belarus Tadeusz Kondrusiewicz besucht Großbritannien.
07.02.2014	Die belarussische Nationalversammlung verabschiedet eine Erklärung zur politischen Situation in der Ukraine, in der sie ihre Besorgnis über die instabile Situation und die gewaltsamen Konflikte mit Todesfolgen zum Ausdruck bringt. Sie ruft dazu auf, die Krise durch innerukrainischen Dialog ohne äußere Einmischung zu lösen. Konkret kritisiert sie eine Resolution des Europäischen Parlaments vom 6. Februar, in der der ukrainischen Führung mit Sanktionen gedroht wird.
06.–12.02.2014	Aljaksandr Lukaschenka hält sich anlässlich der Olympischen Winterspiele in Sotschi auf. Am 7. Februar nimmt er am Eröffnungsempfang von Russlands Präsident Putin teil, am 9. Februar läuft er Ski mit Russlands Premier Medwedjew.
07.–23.02.2014	Belarus nimmt mit 24 Athleten an den Olympischen Winterspielen in Sotschi teil. Diese gewinnen insgesamt 5 Gold- und eine Bronzemedaille. Belarus belegt damit Platz 8 im Medaillenspiegel.
08.02.2014	Das belarussische Außenministerium legt seinen zweiten Jahresbericht über Menschenrechtsverletzungen in ausgewählten Ländern der Welt vor. Darin werden insbesondere Menschenrechtsverletzungen in westlichen Ländern, die Sanktionen gegenüber Belarus verhängt haben, benannt.
09.02.2014	Premierminister Michail Mjasnikowitsch erklärt in einem Fernsehinterview, dass sich das Land in einer wirtschaftlich schwierigen Situation befinde. Es fehle an Mitteln, um die Wirtschaft zu modernisieren und die Konkurrenzfähigkeit zu sichern. Eine Arbeitslosenrate von 3–4% wäre hilfreich für die Wirtschaft, da sie die Arbeitnehmer disziplinieren würde. Aktuell beläuft sich die offizielle Arbeitslosenrate auf 0,5%.
11.02.2014	Die stellvertretende Landwirtschaftsministerin Ludmila Nisewitsch unterzeichnet in Rom ein technisches Hilfsabkommen mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen. Das Programm soll Belarus bei der Entsorgung von Pestiziden unterstützen und die mit dem Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft verbundenen Risiken reduzieren. Das Programm ist auf 2,5 Jahre angelegt und wird in Kooperation mit der EU durchgeführt.
12.02.2014	Der Sekretär der Zentralen Wahlkommission Mikalaj Lasawik informiert, dass 22.784 Anträge auf Registrierung als Kandidat für die Lokalwahlen am 23. März eingegangen seien. Hiervon werden in den folgenden Tagen 353 Personen die Registrierung verweigert, so dass sich insgesamt 22.338 Personen um 18.816 Mandate in 1.328 Lokalen Räten bewerben. Pro Mandat gibt es somit durchschnittlich 1,2 Bewerber. Die höchste Konkurrenz gibt es in Minsk mit 4,7 Kandidaten pro Mandat. Nur etwa 3% der registrierten Bewerber sind von politischen Parteien aufgestellt. Darunter 255 von der Kommunistischen Partei, 125 von der Liberal-Demokratischen Partei, 88 von der Partei der Linken »Gerechte Welt« und 81 von der Vereinigten Bürgerpartei. 48,1% der Kandidaten sind bereits in einem Lokalen Sowjet vertreten.
18.–19.02.2014	Dirk Schuebel, der im Europäischen Auswärtigen Dienst für die EU-Beziehungen zu Ländern der Östlichen Partnerschaft zuständig ist, trifft sich in Minsk mit der stellvertretenden Außenministerin Aljona Kuptschyna sowie mit Vertretern der politischen Opposition.
19.02.2014	Die Zentrale Wahlkommission erlaubt auf Antrag des Belarussischen Helsinki-Komitees allen nationalen Organisationen Wahlbeobachter auch in Bezirke zu entsenden, in denen sie keine lokalen Organisationen registriert haben.
19.02.2014	Etwa zwei Dutzend Personen nehmen vor der Roten Kirche in Minsk an einem »Gebet für die Ukraine« teil und bringen ihre Solidarität mit dem »Euromaidan« zum Ausdruck. Die Polizei beobachtet die 20minütige Veranstaltung, ohne einzugreifen.

23.02.2014	Bei einer Kranzniederlegung anlässlich des Tags der Vaterlandsverteidiger geht Aljaksandr Lukaschenka erneut auf die Ereignisse in der Ukraine ein. Belarus drohe kein Maidan, da er als Staatschef und andere Staatsrepräsentanten kein Geld aus der Staatskasse stehlen würden.
23.02.2014	Drei Aktivisten der »Jungen Front« werden in Homel von der Polizei verhaftet, weil sie öffentlich an die Toten des Euromaidan erinnern wollten.
24.02.2014	Die Präsidenten von Belarus und Russland Aljaksandr Lukaschenka und Wladimir Putin tauschen sich telefonisch über die Lage in der Ukraine aus.
25.02.2014	Aljaksandr Lukaschenka zeichnet die dreifache belarussische Olympiasiegerin Darja Domratschawa mit dem Orden »Held von Belarus« aus. Die drei anderen Medaillengewinner von Sotschi erhalten den Vaterlandsorden dritter Klasse. Für jede Goldmedaille erhalten die Athleten zudem 150.000 US-Dollar, für eine Bronze-medaille 50.000 US-Dollar.
25.02.2014	Der stellvertretende Außenminister Aljaksandr Michnewitsch erklärt bei einem Treffen mit Studierenden der Homeler Staatsuniversität, dass die Ukraine ihre internen Konflikte verfassungskonform und ohne äußere Einmischung regeln solle. Für Belarus sei es vorrangig, die aktive wirtschaftliche Zusammenarbeit fortzuführen, da die Ukraine ein sehr wichtiger Wirtschaftspartner sei.
27.02.2014	Die Außenministerien von Belarus und Polen führen in Minsk Beratungen zu Konsularfragen durch. Thema ist u. a. das 2010 unterzeichnete Abkommen über den lokalen Grenzverkehr, das Belarus immer noch nicht ratifiziert hat.
27.–28.02.2014	Außenminister Uladsimir Makej trifft sich in Lettland u. a. mit Präsident Andris Bērziņš, Verkehrsminister Anrijs Matīss und seinem Amtskollegen Edgars Rinkēvičs. Themen sind die bilaterale Kooperation sowie die bevorstehende EU-Ratspräsidentschaft Lettlands in 2015. Im Pressegespräch beklagt sich Makej über die Dämonisierung seines Landes in Europa. Die Ukraine sei Belarus stets als Vorbild dargestellt worden, doch nun würde Janukowitsch vom Europäischen Parlament als Diktator bezeichnet. Belarus erachte die Ereignisse in der Ukraine als tragisch und würde sich wünschen, dass das Land seine territoriale Integrität bewahrt.
28.02.2014	Der belarussische Botschafter in der Ukraine Waljanzin Wjalitschka nimmt in Kiew an einem Treffen des neuen ukrainischen Außenministers Andrij Deschtschyzja mit Vertretern des diplomatischen Korps teil.
28.02.– 01.03.2014	Außenminister Uladsimir Makej trifft sich in Litauen mit seinem Amtskollegen Linas Linkevičius, dem Minister für Verkehr und Kommunikation Rimantas Sinkevičius sowie weiteren Staats- und Wirtschaftsvertretern.
01.03.2014	Der langjährige Vorsitzende des Verbands der jüdischen Gemeinden und bekannte Architekt Leonid Lewin stirbt im Alter von 77 Jahren in Minsk. Zu den bekannten Werken Lewins gehört die Gedenkstätte für die im Zweiten Weltkrieg vernichteten belarussischen Dörfer in Chatyn, die Gedenkstätte für in Konzentrationslagern getötete Kinder in Krasnyj Bereg sowie die »Jama« im ehemaligen Minsker Ghetto.
02.03.2014	Der bekannte Dichter Ryhor Baradulin stirbt in Minsk im Alter von 78 Jahren. Baradulin war mehrmals für den Literaturnobelpreis nominiert worden.
02.03.2014	Bei einer von der »Jungen Front« organisierten pro-ukrainischen Demonstration vor der russischen Botschaft in Minsk werden etwa 30 Personen vorübergehend verhaftet.
04.03.2014	Präsident Lukaschenka versichert in einem Telefongespräch mit dem ehemaligen ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma, dass er die territoriale Integrität der Ukraine unterstütze.
05.03.2014	Die Präsidenten von Belarus, Kasachstan und Russland treffen sich zum Eurasischen Wirtschaftsrat. Dabei äußern weder Aljaksandr Lukaschenka noch Nursultan Nasarbajew öffentlich ihre Unterstützung für das russische Vorgehen in der Krim.
07.03.2014	Zwei Mitglieder der Bewegung »Für Freiheit« werden zu jeweils fünf Tagen Haft verurteilt, weil sie gegen die militärische Intervention Russlands in der Ukraine demonstriert haben.
08.03.2014	In seiner Rede anlässlich des Internationalen Frauentags verspricht Aljaksandr Lukaschenka in schwierigen Zeiten nicht wegzulaufen. Dies ist offensichtlich eine Anspielung auf die Flucht des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch aus Kiew am 21. Februar.
09.03.2014	Der ehemalige Präsidentschaftskandidat Mikalaj Statkewitsch wird auf seine eigene Bitte in eine Einzelzelle verlegt. Er begründet diesen Wunsch damit, dass er vermeiden wolle, dass seine Zellengenossen beschuldigt werden könnten, falls ihm in der Haft etwas zustoßen sollte. Die Behörden hätten Angst vor seiner Freilassung, wodurch sich das Risiko erhöhen würde, so Statkewitsch in einem Brief an seine Frau Maryna Adamowitsch. Präsident Lukaschenka hatte im Gespräch mit Journalisten am 21. Januar erklärt, dass er Statkewitsch nicht als Konkurrenten betrachte, da dieser faktisch politisch tot sei und es daher nicht wert sei, ein Hindernis in den Beziehungen zur EU zu bilden.

12.03.2014	Die zwei Homeler Oppositionsaktivisten Stanislaw Bula und Smizer Karaschkau werden zu 11 bzw. 15 Tagen Haft verurteilt, weil sie vor der russischen Botschaft in Minsk gegen das russische Vorgehen in der Ukraine demonstriert haben.
12.03.2014	Bei einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats verkündet Präsident Lukaschenka, dass er angesichts der NATO-Aktivitäten an der polnisch-belarussischen Grenze Russland um die Stationierung von 12–15 Kampfflugzeugen bitte. Lukaschenka verneint gleichzeitig, dass die russische Führung Druck auf ihn ausübe, damit er ihr militärisches Einschreiten in der Ukraine öffentlich unterstütze. Als Ursachen für den politischen Umsturz in Kiew benennt Lukaschenka Korruption und wirtschaftlichen Kollaps. Da die belarussische Führung beides nicht zulasse, könne in Belarus kein Maidan entstehen. Zudem betont Lukaschenka, dass Belarus die Beziehungen zur Ukraine nach dem Führungswechsel nicht abbrechen werde.
14.03.2014	Der Sekretär der Zentralen Wahlkommission Mikalaj Lasawik erklärt, dass Belarus keine Beobachter zum Referendum auf die Krim entsenden werde. Die Kommission habe auch keine entsprechende Einladung erhalten.
14.03.2014	Der stellvertretende Außenminister Aljaksandr Michnewitsch äußert Bedauern über die Weigerung der Ukraine an einem Treffen der stellvertretenden Außenminister der GUS-Staaten in Minsk teilzunehmen. Das von der Ukraine vorgeschlagene Format eines Treffens der Außenminister in Kiew sei nicht realistisch gewesen. Die Ukraine solle nicht übereilt aus der GUS austreten.
14.03.2014	Der Journalist Aljaksandr Klaskouski von der nicht-staatlichen Nachrichtenagentur BelaPAN gehört zu den diesjährigen Preisträgern des »Gerd Bucerius-Förderpreis Freie Presse Osteuropa«.
16.03.2014	Der ukrainische Politiker Vitali Klitschko erklärt in einem Fernsehinterview, dass Aljaksandr Lukashenka versprochen habe, dass russische Truppen nicht über die belarussische Grenze in die Ukraine einmarschieren werden.
17.03.2014	Der Vorsitzende der Bewegung »Sag die Wahrheit« Uladsimir Njajlajeu berichtet Journalisten, dass bisher 50.000 Unterschriften für die Initiative Volksreferendum gesammelt worden seien. Die Unterschriftensammlung sei durch die Ereignisse in der Ukraine erheblich erschwert worden. Die Aktion soll bis zu den Präsidentschaftswahlen 2015 fortgesetzt werden. Ziel ist es 500.000 Unterschriften zu sammeln.
16.–17.03.2014	Außenminister Uladsimir Makej trifft in Bagdad mit dem iranischen Präsidenten Hassan Rohani und weiteren Staatsvertretern zusammen.
18.03.2014	In Belarus beginnt die vorzeitige Abstimmung für die Lokalwahlen am 23. März. Insgesamt sind 16.769 einheimische Beobachter von der Zentralen Wahlkommission zugelassen. Davon vertreten 13.512 regimetreue NRO und 681 politische Parteien. 1.737 Beobachter sind von Arbeitskollektiven und 522 über Wählerlisten benannt.
18.03.2014	Die Präsidenten von Belarus und Russland Aljaksandr Lukaschenka and Wladimir Putin tauschen sich telefonisch über die Lage in der Ukraine aus.
19.03.2014	Das belarussische Außenministerium veröffentlicht eine Erklärung zu den Entwicklungen in der Ukraine. Die Erklärung richtet sich gegen alle externen Versuche, die brüderlichen Beziehungen zwischen Belarus, Russland und der Ukraine zu zerstören. Belarus werde alle Anstrengungen unternehmen, um die gutnachbarschaftlichen Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland wiederherzustellen sowie Gewaltanwendung zu verhindern. Die Erklärung enthält keine explizite Anerkennung der Ergebnisse des am 16. März auf der Krim durchgeführten Referendums.
19.03.2014	Die Zentrale Wahlkommission ruft die Bürger per SMS auf, sich an den Lokalwahlen zu beteiligen.
19.03.2014	Belarussische Oppositionspolitiker aus der Belarussischen Volksfront, der Belarussischen Christdemokratie, der Jungen Front und weitere zivilgesellschaftliche Akteure gründen ein pro-ukrainisches Solidaritätskomitee.
19.03.2014	Aljaksandr Lukaschenka empfängt den Vizepremier und Außenminister von Turkmenistan Raschid Meredow in Minsk.
20.03.2014	Der Sprecher des belarussischen Außenministerium Smizer Mirontschyk erklärt, dass sein Land die Aufgabe des GUS-Vorsitzes durch die Ukraine bedauere, aber die hinter diesem Schritt stehenden Motive verstehe. Der Vorsitz wird nun von Belarus wahrgenommen.
20.03.2014	Die Minsker Stadtbehörden erteilen die Genehmigung für eine Demonstration am »Freiheitstag« am 25. März, dem 96. Jahrestag der Ausrufung der Belarussischen Volksrepublik. Die Demonstration wird von der Belarussischen Volksfront und anderen Oppositionsparteien organisiert.
20.03.2014	Der Sprecher des ukrainischen Außenministers Jewhen Perebjinis erklärt, dass die Ukraine von Belarus eine Verurteilung der Krim-Annexion durch Russland erwarte. Die Erklärung des belarussischen Außenministeriums vom 19. März sei diesbezüglich nicht klar.

23.03.2014	Präsident Lukaschenka erklärt Journalisten, dass die Krim inzwischen unwiderrufflich ein Teil der Russischen Föderation sei. Die Verantwortung hierfür liege bei der neuen ukrainischen Führung, weil diese Russland mit dem Verbot der russischen Sprache einen Grund für das Vorgehen geliefert habe. Gleichzeitig spricht er sich gegen eine Föderalisierung der Ukraine aus. Seine größte Sorge sei die mögliche Präsenz von NATO-Truppen in der Ukraine. Die Ukraine zieht aufgrund dieser Erklärung ihren Botschafter aus Minsk ab.
23.03.2014	An den Lokalwahlen nehmen nach Angaben der Zentralen Wahlkommission 77,4 % der Wähler teil. Dabei liegt die Wahlbeteiligung in Minsk bei 61,4 %, in anderen Städten bei 74,9 % und auf dem Land bei 90,2 %. Von den 18.809 Sitzen in 1.328 Lokalen Räten werden nur 248 an politische Parteien vergeben, darunter 206 an die Kommunistische Partei. Oppositionsparteien erringen kein einziges Mandat. In 7 Wahlkreisen müssen die Wahlen wiederholt werden.
23.03.– 25.03.2014	Der stellvertretende Außenminister von Nicaragua Valdrack Jaentschke Whitaker hält sich anlässlich der Eröffnung des Honorarkonsulats seines Landes in Belarus auf.
23.–29.03.2014	Außenminister Uladsimir Makej besucht Vietnam, Laos und Kambodscha.
24.03.2014	Belarus sieht dem Sprecher des Außenministeriums Smizer Mirontschyk zufolge keinen Anlass seinen Botschafter aus Kiew abzurufen, nachdem die Ukraine ihren Botschafter zu Konsultationen nach Kiew zurückbeordert hat.
25.03.2014	500 bis 2.000 Personen nehmen in Minsk an einer Demonstration mehrerer Oppositionsorganisationen zum »Freiheitstag« anlässlich des 96. Jahrestags der Ausrufung der Belarussischen Volksrepublik teil. Viele Demonstranten tragen neben der weiß-rot-weißen belarussischen Nationalflagge auch die gelb-blaue ukrainische Nationalflagge sowie pro-ukrainische bzw. anti-russische Plakate. Mit einer Schweigemonate wird den Opfern der Proteste auf dem Maidan gedacht. Nach der Demonstration werden mehrere Personen verhaftet, die Plakate trugen mit der Aufschrift »Tod den Kreml-Okkupanten« bzw. mit Porträts von belarussischen und ukrainischen Nationalisten, die während des Zweiten Weltkriegs gegen die Sowjetmacht gekämpft hatten.

Zusammengestellt auf der Grundlage der Meldungen der Nachrichten-Agentur BelaPAN und der Homepage naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Belarus-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung unterstützt.



Alfred Krupp von Bohlen  
und Halbach Stiftung

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. und  
Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Astrid Sahn (verantwortlich)

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 2192-1350 © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de](mailto:publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>



# Belarus Perspektiven

- Seit mehr als zehn Jahren berichten die **Belarus Perspektiven** aus einem fast unbekanntem Land. Uns lesen Initiativen und Politiker, Journalisten und Unternehmer – all jene, die in Belarus etwas bewegen wollen.
- Durch unsere kritischen Berichte und Analysen sind unsere Leser nicht nur auf dem neuesten Stand – sie erfahren auch, was hinter den Kulissen geschieht.



**IBB**  
Internationales  
Bildungs- und  
Begegnungswerk

- Autoren der Belarus Perspektiven sind namhafte belarussische Journalisten, unabhängige Medienvertreter, Wirtschaftsexperten und zivilgesellschaftliche Akteure.
- Die Zeitschrift erscheint **vierteljährlich** und kostet inklusive Versand **15,- € im Jahresabonnement**.
- Zu beziehen sind die Belarus Perspektiven beim IBB in Dortmund bzw. online unter <http://www.ibb-d.de/publikation-anfordernhtml.html>
- **Ältere Ausgaben** der Belarus Perspektiven finden Sie im Archiv als pdf-Datei zum **Download**, <http://www.ibb-d.de/bp-archiv.html>

## Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### **Belarus-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Caucasus Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

### **Polen-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

### **Russland-Analysen**

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Russian Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

### **Ukraine-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Zentralasien-Analysen**

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

---

### **Bibliographische Dienste**

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)